

Mündliche Anfragen

zur 20. Fragestunde

in der 81. Plenarsitzung vom 7. November 2013

- | | |
|--|---|
| <p>1. Anfrage des Abg.
Paul Locherer CDU</p> <p>Eingang: 28. 10. 2013</p> | <p>Ausnahmen vom Grünlandumbruchverbot nur gegen Naturschutzausgleich?</p> <p>a) Haben sich in der Einschätzung der rechtlichen Voraussetzungen zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Grünlandumbruchverbot seit der Stellungnahme zum Antrag des Abg. Klaus Burger u. a. CDU – Auswirkungen des Grünlandumbruchverbots in der Praxis –, Drucksache 15/3112, Änderungen ergeben?</p> <p>b) Ist insbesondere künftig daran gedacht, die Erteilung solcher Ausnahmegenehmigungen an die Erbringung von naturschutzrechtlichen Ausgleichsleistungen zu binden?</p> |
| <p>2. Anfrage der Abg.
Friedlinde Gurr-Hirsch CDU</p> <p>Eingang: 28. 10. 2013</p> | <p>Seitenstreifenfreigabe auf der A 6</p> <p>a) Was hat das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur ohne Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Stuttgart dazu bewogen, auf Bundesebene vorzuschlagen, die Seitenstreifen der A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und Bretzfeld für den Verkehr freizugeben?</p> <p>b) Weshalb erachtet das Regierungspräsidium Stuttgart die Seitenstreifenfreigabe auf der A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und Bretzfeld nicht für möglich?</p> |
| <p>3. Anfrage der Abg.
Rita Haller-Haid SPD</p> <p>Eingang: 29. 10. 2013</p> | <p>Folgen des Bergrutsches in Mössingen-Öschingen für die Landhaussiedlung und die Stadt Mössingen</p> <p>a) Wie hoch schätzt die Landesregierung die Schäden, die durch den Bergrutsch vom 2. Juni 2013 in Mössingen-Öschingen entstanden sind?</p> <p>b) Beteiligen sich die Europäische Union, der Bund und das Land an den finanziellen Folgen des Bergrutsches hinsichtlich der Kosten der Hauseigentümer, soweit diese nicht von Versicherungen getragen werden, sowie hinsichtlich der Kosten der Stadt Mössingen als Grundstückseigentümerin des abgerutschten Geländes?</p> |

4. Anfrage des Abg.
Werner Raab CDU

Eingang: 30. 10. 2013

Evaluation der baden-württembergischen Pflegestützpunkte

- a) Liegt der Landesregierung der Abschlussbericht über die Evaluation der baden-württembergischen Pflegestützpunkte durch das Kuratorium Deutsche Altershilfe e. V. aus Köln vor, gegebenenfalls seit wann?
- b) Hat die Landesregierung nach Auswertung des Abschlussberichts die wesentlichen Ergebnisse mit den Landesverbänden der Pflege- und Krankenkassen sowie den kommunalen Landesverbänden erörtert?